

Anlage III

zur Niederschrift
über die 23. Sitzung des

Kreistages

am 15.03.2024

Rede von Landrat Achim Schwickert zum Jubiläum „50 Jahre Westerwaldkreis“ in der Kreistagssitzung am 15.03.2024

Wir dürfen in diesem Jahr unser Jubiläum „50 Jahre Westerwaldkreis“ feiern. Das können wir deshalb machen, weil im Jahre 1974 die damaligen Landkreise Oberwesterwald und Unterwesterwald zum Westerwaldkreis zusammengelegt wurden.

Bei einem solchen Jubiläum stellen sich natürlich Fragen:

1. Wie ist die damalige Kreiszusammenlegung abgelaufen?
2. Wie hat sich der Westerwaldkreis in den nächsten Jahren entwickelt?
3. Wo stehen wir heute?
4. Wo könnte/sollte es in den nächsten Jahren hingehen?

Wenden wir uns einmal der ersten Frage zu:

Ab etwa Mitte der 60er Jahre war eine rege Diskussion im politischen Raum in ganz Rheinland-Pfalz, aber auch im übrigen Bundesgebiet um das Thema Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung aufgekommen, die bis Ende der 60er Jahre noch an Fahrt zunahm. Im Landtag von Rheinland-Pfalz wurde unter anderem ein Verwaltungsreformausschuss eingesetzt.

In Rheinland-Pfalz gab es die verschiedensten Überlegungen. So etwa auch die Idee der Schaffung großer Regionalkreise mit dem Ziel, damit gleichsam auch die Bezirksregierungen und sonstige Mittelbehörden abzuschaffen. Demgegenüber standen aber auch Bedenken, ob solch große Gebiete überhaupt noch politisch integrierbar seien.

Im Jahre 1968 gab es in Rheinland-Pfalz noch 39 Landkreise und es gab Überlegungen und Regierungsvorlagen diese Zahl um mindestens sechs, wenn nicht elf Kreise zu verringern. In den Jahren 1969 bis 1970 wurden auch schon einige Landkreise zusammengelegt.

Gleichzeitig kam in Rheinland-Pfalz die Idee auf, die vielen einzelnen, teils auch kleinen Gemeinden, nicht durch „Großgemeinden“ zu ersetzen, sondern sie als selbstständige Gemeinden zu erhalten und durch neu zu schaffende Verbandsgemeinden zu stärken. Diese Idee setzte sich schließlich in Rheinland-Pfalz am Ende auch durch. Ab 1972 waren die Verbandsgemeinden in unserem Bundesland an den Start gegangen. Sie sind bis heute eine rheinland-pfälzische Spezialität, die sich für unser Bundesland aber auch durchaus bewährt hat.

Die Geburt des Westerwaldkreises bei uns war aber bei weitem nicht so einfach wie bei anderen Landkreisen.

Wenn man sich die Ausgangslage für die Jahre 1972/1973 für den Oberwesterwaldkreis und den Unterwesterwaldkreis ansieht, bleibt Folgendes festzustellen:

Die Fläche des Oberwesterwaldkreises betrug rund 569 km² bei 115 Gemeinden und rund 79.000 Einwohnern. Die Pro-Kopf-Verschuldung umgerechnet von DM in € lag bei rund 164 € je Einwohner.

Die Fläche des Unterwesterwaldkreises betrug rund 432 km² bei 78 Gemeinden und rund 88.000 Einwohnern. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag hier bei rund 97 € je Einwohner.

Während man sich im Unterwesterwaldkreis eine Kreiszusammenlegung mit dem Oberwesterwaldkreis und eine Kreisstadt Montabaur durchaus gut vorstellen konnte, sah man das im Oberwesterwaldkreis damals noch ganz anders, was nicht nur an der zukünftigen Kreisstadt lag.

Im Oberwesterwaldkreis war man zunächst zusammengefasst der Meinung, dass der Oberwesterwaldkreis in den letzten Jahren eine wirtschaftlich durchaus gute Entwicklung genommen hatte, viele Projekte in Infrastruktur, Schulen und auch beim Krankenhaus auf einem guten Weg waren und man durchaus die Chance sah, in Selbstständigkeit eine gute Entwicklung nehmen zu können. Zudem sah man es durchaus skeptisch, ob von einer Kreisstadt Montabaur aus die Interessen des Oberwesterwaldkreises angemessen berücksichtigt würden. Die Sorge vor einem Zentralitätsverlust in Westerburg ging um. Dies ging an anderer Stelle sogar soweit, dass die Verbandsgemeinde Hachenburg im Jahre 1972 den Wunsch äußerte, bei einer Kreisreform lieber dem Landkreis Altenkirchen angegliedert zu werden.

Da man sich insgesamt nicht so ganz einig war, setzte sich die Auffassung durch, die Kreiszusammenlegung zunächst zurückzustellen und erst einmal abzuwarten, wie sich die neu gebildeten Verbandsgemeinden entwickeln würden.

Diese Auffassung hatte es aber im wahrsten Sinne des Wortes „in sich“. Denn mit den Verbandsgemeinden Selters und Wallmerod waren zwei Verbandsgemeinden gebildet worden, die eine Besonderheit hatten: In beiden Verbandsgemeinden waren Gemeinden eingebunden worden, wovon die einen zum Oberwesterwaldkreis und die anderen zum Unterwesterwaldkreis gehörten.

Damit war das Ei unwiederbringlich befruchtet und es konnte nur noch darum gehen, ob der Westerwaldkreis lebend oder tot zur Welt kommen sollte.

Die Frage, ob Landkreise zusammengelegt werden, war und ist eine Entscheidung des Landesgesetzgebers.

Deshalb verabschiedete der Landtag Rheinland-Pfalz den Entwurf des 17. Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz (Neugliederung von Landkreisen im Regierungsbezirk Koblenz) in dem die Zusammenlegung des Ober- und Unterwesterwaldkreises zum Landkreis „Westerwald“ vorgesehen war.

Vor der endgültigen Entscheidung durch den Landtag war hier eine Beteiligung/Anhörung der betroffenen Landkreise vorgesehen.

Der Kreistag des Unterwesterwaldkreises befasste sich in seiner Sitzung vom 02.03.1973 mit der Angelegenheit.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt dem Entwurf des 17. Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz (Neugliederung von Landkreisen im Regierungsbezirk Koblenz) zu.

Er ist der Meinung, dass damit ein Kernkreis „Westerwald“ geschaffen wird, der für die Zuordnung weiterer Gebiete offenbleibt.

Die SPD-Fraktion gibt zu bedenken, dass eine großräumigere Lösung schon jetzt sinnvoll sei

Abstimmung:

einstimmig

Der Kreistag des Oberwesterwaldkreises befasste sich in seiner Kreistagssitzung vom 07.04.1973 mit der Anhörung:

Ich zitiere aus dem Protokoll:

„Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, spricht sich der Kreistag auf Befragung des Vorsitzenden, Landrat Lingens, für eine öffentliche Abstimmung durch Handheben aus. Der Vorsitzende stellt folgende Beschlussvorschläge nacheinander zur Abstimmung:

- Dem Entwurf eines 17. Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz wird zugestimmt.
- Der Entwurf eines 17. Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz wird abgelehnt.“

Kreisamtmann Sturm, der vom Vorsitzenden gebeten wurde das Abstimmungsergebnis zu ermitteln, gibt bekannt, dass 15 Kreistagsmitglieder für und 18 Kreistagsmitglieder gegen den Entwurf gestimmt hätten. Bei diesem Abstimmungsergebnis fehlen bei 35 anwesenden Kreistagsmitgliedern 2 Stimmen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich jemand der Stimme enthalte, meldete sich niemand. Daraufhin lässt der Vorsitzende im Einvernehmen mit den Kreistagsfraktionen erneut abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mit 18 zu 17 Stimmen wird die Gesetzesvorlage abgelehnt.“

Die Anhörung der beiden betroffenen Landkreise hatte damit kein einheitliches Ergebnis gebracht. Die eigentliche und endgültige Entscheidung hatte sowieso der Landtag des Landes Rheinland-Pfalz, der am 27.09.1973 zu seiner 43. Sitzung zusammentrat.

Ich zitiere aus dem Landesprotokoll:

„TOP 11: Zweite Beratung eins 15ten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Drucksache 7/1860 in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen! – Wiederum in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD und der FDP angenommen.“ – Zitatende –

Damit war der Landkreis „Westerwald“ per Landesgesetz geschaffen worden.

Die letzte Sitzung des Kreistages des Unterwesterwaldkreises fand unter Leitung von Landrat Dr. Heinen am 01.02.1974 in Montabaur statt.

Die letzte Sitzung des Kreistages des Oberwesterwaldkreises fand unter Leitung von Landrat Lingens am 15.02.1974 in Westerbürg statt.

Am 17.03.1974 fanden sodann in Rheinland-Pfalz die Kommunalwahlen statt, in denen auch die Kreistagsmitglieder des zusammengelegten Kreises gewählt wurden.

Unter dem Datum vom 21.03.1974 erfolgte eine Amtliche Bekanntmachung des Westerwaldkreises mit folgendem Inhalt:

„Mit dem Inkrafttreten des 15. Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 08.10.1973 am 16.03.1974 sind die bisherigen Kreise Ober- und Unterwesterwald aufgelöst und der Westerwaldkreis mit Verwaltungssitz Montabaur neu gebildet worden. Das frühere Landratsamt Westerbürg führt zunächst seine Geschäfte im Rahmen der bisherigen sachlichen und örtlichen Zuständigkeit als Außenstelle fort.“

Wir schreiben nunmehr das Datum des 18.04.1974. Die 49 neu gewählten Kreistagsmitglieder traten zur Konstituierenden und Ersten Kreistagssitzung des Westerwaldkreises in Anwesenheit von 20 Zuhörern in Montabaur zusammen.

Es erfolgte die Verpflichtung der Kreistagsmitglieder, der Erlass der Hauptsatzung mit 9er Ausschüssen, der Erlass der Geschäftsordnung, die Wahl des Kreisausschusses und die Wahl der Kreisdeputierten (heute Kreisbeigeordneten).

Es wurden gewählt:

Zum Ersten Kreisdeputierten: Alois Schuth, Hachenburg

Zum Zweiten Kreisdeputierten: Erhard Olschewski, Wirges

Zum Dritten Kreisdeputierten: Ludwig Steinebach, Ransbach-Baumbach

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wird eine Änderung des Kreisnamens beim Ministerium des Innern gemäß § 3 Abs. 1 LKO beantragt und zwar von Landkreis „Westerwald“ in „Westerwaldkreis“.

Unter dem Datum vom 12.06.1974 ergeht sodann die folgende Verfügung des Innenministeriums:

„Der Name des Landkreises Westerwald wird gemäß § 3 Abs. 1 der LKO für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 aus Gründen des Gemeinwohls geändert. Der Landkreis erhält ab 01.08.1974 den Namen Westerwaldkreis. Heinz Schwarz, Staatsminister“.

Schließlich trifft der Kreistag des Westerwaldkreises in seiner Sitzung vom 18.06.1974 noch die folgende Entscheidung:

„Der Kreistag stimmt der endgültigen Ernennung von Dr. Norbert Heinen zum Landrat des Westerwaldkreises zu.“

Damit waren alle notwendigen Entscheidungen zum Start des Westerwaldkreises getroffen und man konnte an die Arbeit gehen.

Wenden wir uns also der 2. Frage zu:

Wie hat sich der Westerwaldkreis in den nächsten Jahren entwickelt?

Der neu geschaffene Westerwaldkreis hatte im Jahre 1974 eine Fläche von 989 km², 191 Städte und Gemeinden, 10 Verbandsgemeinden, 166.500 Einwohner und einen Schuldenstand von 21,5 Millionen €, was einer Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner in Höhe von rund 129 € entspricht.

Die Kreisverwaltung hatte 250 Bedienstete, 25 Stellen sollten noch nachbesetzt werden, so dass die damalige Verwaltungsmannschaft aus 300 Bediensteten bestand. Heute haben wir 789 Bedienstete im Mutterhaus und noch einmal 178 beim WAB. Wir halten fest: Das mit dem Aufbau der Bürokratie hat schon einmal gut funktioniert.

Bei dieser Ausgangslage war es die Hauptaufgabe, aus dem „Kernkreis Westerwald“ einen starken Landkreis mit gemeinsamer Identität zu entwickeln. Die erste Aufgabe war, den neu geschaffenen Landkreis zusammenzuführen, ihn zusammenzuhalten, und eine starke kommunale Gemeinschaft auszubilden, damit es insbesondere auch an den Rändern nicht zu Ausfransungen kam. Ziel war von Anfang an, deshalb auch die Kreisumlage immer in Höhe des Landesdurchschnitts zu halten, damals noch 26,5 %. Auch der Sorge eines Zentralitätsverlustes von Westerburg musste entgegengewirkt werden. Dies ist dann in gemeinsamer Anstrengung der örtlichen politischen Vertreter mit dem Land Rheinland-Pfalz auf der Grundlage eines Sonderprogramms auch gelungen.

Hier seien nur einige Maßnahmen genannt:

Ausweisung als Mittelzentrum mit Teilfunktion als gewerblicher Entwicklungsstandort, Planung und Ausbau für ein Schulzentrum bestehend aus BBS, Gymnasium, Realschule, Hauptschule

und Förderschule mit Sportzentrum, innerörtliche Verkehrsanbindung an die L 288 und L 300, Umgehung Westerburg, Erweiterung der Bezirke des Amtsgerichts Westerburg, Verlegung des Kulturamtes von Montabaur nach Westerburg und vieles mehr.

Im gesamten Landkreis wurden die Zeichen auf erhebliche Investitionen gesetzt. Bau Krankenpflegeschule am Krankenhaus in Hachenburg, Ausbau des Schulzentrums in Höhr-Grenzhausen inklusive Dreifachsporthalle, Keramikmuseum Höhr-Grenzhausen, Dreifachsporthalle in Montabaur, Förderschule in Höhn und Neubau BBS in Montabaur, Gründung der Kreismusikschule. Schließlich 1978 auch die Übernahme des Bischöflichen Konvikts als neues Kreishaus, in dem wir heute noch wohnen.

Aktivzone zwischen den Ballungsräumen bedeutete auch, die Vorteile der Autobahn A 3 zu nutzen und deren Nutzen über den Ausbau der B 255 hin bis hin zur A 45 möglichst über das Kreisgebiet auszuweiten beziehungsweise zu verteilen. Bereits im Jahr 1974 fand die Schnellbaustrecke der Bahn von Köln nach Groß-Gerau Erwähnung und wurde von der örtlichen Politik mit der Forderung nach einem Bahnhof in Montabaur verbunden.

Kernaufgabe war auch, das, was an Einrichtungen, Vereinen und Verbänden vorhanden war, entweder zu fusionieren oder zumindest so miteinander zu verbinden, dass es einen größeren einheitlichen Nutzen brachte, so zum Beispiel auch die Zusammenlegung der beiden Kreis Sparkassen. Landrat Dr. Norbert Heinen arbeitete zusammen mit den Kreisgremien nahezu jeden Tag an der Schaffung einer gemeinsamen Identität der Menschen im Kreisgebiet.

Im Jahre 1985 übernahm dann Peter Paul Weinert das Amt des Landrates des Westerwaldkreises und erfüllte diese Aufgabe mit großem Engagement und Erfolg bis zum Jahr 2009.

Was die Landräte betrifft, hatten wir im Westerwaldkreis über die 50 Jahre hinweg durchaus Kontinuität. Wir hatten nämlich an der Zahl nur drei.

Zur Rolle und dem Verständnis von Landräten in der historischen Betrachtung hat Landrat Dr. Heinen in einer Kreistagssitzung vom 01.02.1974 – die letzte des Unterwesterwaldkreises – unter anderem einmal Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen (2. Band S. 129 ff) zitiert. Das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Bismarck bemerkt, „vorher habe die Regierung über den gewählten Landrat unmittelbar mit dem Volk in Verbindung gestanden; man sei nicht Landrat mit der Absicht geworden, dadurch Karriere zu machen, sondern mit der Aussicht, sein Leben als Landrat des Kreises zu beschließen.“ Dieser habe darum nur die Interessen des Kreises zu vertreten gehabt. Seit der Einführung der neuen Kreisordnung sei dagegen der Landratsposten die unterste Stufe der höheren

Verwaltungslaufbahn, gesucht von jungen Assessoren, die den Ehrgeiz haben, Karriere zu machen; dazu bedürfen sie der ministeriellen Gunst und suchen sie durch hervorragenden Eifer bei der Durchführung auch minderwertiger bürokratischer Versuche zu gewinnen. Dennoch haben die Landräte sich damals wie heute mehr als Vertreter ihres Kreises empfunden, wenn auch nicht immer so wie jener sehr junge Landrat, der dem König eine Schachtel mit Heuschrecken schickte, weil der König bezweifelt hatte, dass sie im Kreise aufgetreten seien. Für die Anerkennung der selbstständigen Stellung des Landrates auch schon damals spricht, dass der König daraufhin lediglich den Wunsch äußerte, junge Naseweise nicht zu diesem Amt zu bestimmen und empfahl, regelmäßig ein Alter von wenigstens 35 Jahren zu beachten.“ – Zitatende -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie mögen nun selbst beurteilen, welche der beiden Meinungen die zutreffende ist. Ich habe nichts dagegen, in der Mitte der beiden Auffassungen eingeordnet zu werden. Und wenn man die Heuschrecken gegen Wölfe austauscht, wäre man in der heutigen Zeit angekommen.

Zurück zur Entwicklung des Westerwaldkreises:

Machen wir einmal einen Zwischenstopp im Jahre 1999. Der Westerwaldkreis ist nunmehr 25 Jahre alt.

Landrat Weinert konnte damals feststellen, dass der Westerwaldkreis immer noch eine Fläche von 989 km² hat. Allerdings ist die Einwohnerzahl entgegen aller Prognosen auf 202.506 Einwohner gestiegen. Das Volumen des nach der Kameralistik aufzustellenden Verwaltungshaushaltes belief sich auf 115,4 Millionen € und das des Vermögenshaushaltes auf rund 13,4 Millionen €. Allerdings waren die Schulden etwas angestiegen und zwar auf rund 62,2 Millionen €, was einer Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner in Höhe von 307 € entsprach.

Über alles konnte aber festgestellt werden:

„Vorbei die Zeit vom Land der armen Leute.“ Bruttosozialprodukt, Einkommensstatistik, Steuerkraft und alle anderen Indikatoren, unter anderem. 55.616 Arbeitsplätze im Kreisgebiet bei 5.576 Betrieben, weisen aus, dass aus dem Westerwaldkreis ein durchaus wohlhabender Landstrich geworden war.

Da die Schulden allerdings angestiegen waren und bekanntlich die Zukunft der Menschen belasten, wurde von den Kreisgremien – durchaus streitig – das Ziel ausgegeben, zwar die Investitionen hochzuhalten, allerdings unter der Prämisse, die Schulden mittel- und langfristig nicht auszubauen, sondern sogar zu reduzieren.

Einen ICE-Bahnhof hatten wir im Jahre 1999 aber immer noch nicht. Im Übrigen waren auch nicht alle hier dafür.

Dann kam aber das Jahr 2002. Nach 17 Jahren Planungs- und Bauzeit – nach heutigen Maßstäben durchaus kurz – am 25.07.2002 um 12.11 Uhr Ankunft des Sonderzuges ICE mit Halt auf dem Bahnhof in Montabaur – „geschafft“ – „geschafft“.

Es ist nach wie vor ein Glücksfall, aber auch das Ergebnis hartnäckiger Arbeit vor Ort, dass die Strecke und der Bahnhof da sind und auch viele Westerwälder Firmen am Bau mitwirken konnten.

Die ICE-Strecke mit dem Bahnhof in Montabaur ist eine Erfolgsgeschichte für den ganzen Westerwaldkreis.

Das konnte aber nur geschehen, weil vor Ort viele Initiativen, unterstützende und begleitende Maßnahmen dazu gekommen sind. So zum Beispiel Bau des Parkplatzes, der Zufahrtsstraßen, der Autobahnauffahrten, des Parkleitsystems, des FOC sowie die Entwicklung des ganzen Bahnhofsumfeldes.

Vieler dieser Maßnahmen sind von den Kreisgremien begleitet und mitgetragen worden. Das heißt die Unterstützung hierfür ist aus dem gesamten Westerwaldkreis gekommen.

Voraussetzung dafür wiederum ist, dass der ganze Westerwaldkreis zusammenhält. Und das hat er getan und dafür bin nicht nur ich sehr dankbar.

Kommen wir nun zur dritten Frage:

Wo stehen wir heute?

Zum einen kann sich aktuell jeder selbst ein Bild davon machen, was er auch sollte.

Das Kreisgebiet ist mit 989 km² gleich groß geblieben. Es gab keine Eroberungen und keine Verluste, trotz des Versuchs einer kommunalen Gebietsreform. Die Einwohnerzahl liegt zum 30.06.2023 bei 208.653 und damit weit über dem von den Wissenschaftlern berechneten Prognosen. Das Volumen des doppelten Ergebnishaushaltes liegt bei 363,3 Millionen € und ist damit mehr als dreimal so hoch wie im Jahr 1999. Das Ziel, neben den weiterlaufenden Investitionen, auch die Schulden in den Griff zu bekommen, konnte erreicht werden. Wir haben keine Liquiditätskredite und liegen bei einer investiven Verschuldung von 4,1 Millionen € was einer Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner von rund 19,50 € entspricht.

Zur Erinnerung: 1974 waren es 129 € je Einwohner und 1999 307 € je Einwohner.

Einwohnermäßig sind wir der drittgrößte der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz und von der Finanzkraft her gesehen der zweitstärkste.

Die Kreisumlage musste in diesem Jahr zwar auf 42 % angehoben werden. Sie liegt damit aber immer noch um 2,7 Punkte niedriger als der Landesdurchschnitt mit 44,7 %. So gut wie

keine Gemeinde bei uns ist darauf angewiesen, am Entschuldungsprogramm des Landes teilzunehmen.

Die Anzahl der Betriebe ist mit 5.564 in 2023 zu 5.576 in 1999 nahezu gleichgeblieben. Die Anzahl der Arbeitsplätze im Westerwaldkreis ist mit 72.372 in 2023 zu 55.616 in 1999 aber noch einmal um 30 % angestiegen.

Und jetzt kommt die vierte Frage:

Wo könnte beziehungsweise sollte es in den nächsten Jahren hingehen?

Wenn man die allgemeine Lage in der Welt, in Europa und insbesondere die in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land Rheinland-Pfalz auf den Westerwaldkreis herunterbricht – und in diesen Kontext müssen wir uns stellen –, könnte man Gefahr laufen, in ein großes Wehklagen einzustimmen.

Das will ich nicht. Das werde ich auch nicht. Es würde ja auch nicht helfen.

Aus Sicht der ganzen kommunalen Gemeinschaft sei ein Hinweis aber doch gestattet.

Meine Wahrnehmung ist die, dass man auf den höheren Ebenen offensichtlich meint, unter einer einzigen Überschrift zu allen Themen alles gleichzeitig und noch dazu in hohem Tempo grundsätzlich von oben nach unten umgestalten zu müssen. Hinzukommt, dass man sich über die Art und Weise, wie das dann gemacht werden soll, noch ständig streitet.

In einem ist man sich dann aber doch wieder einig: Die konkrete Umsetzung hat natürlich vor Ort durch die Kommunen – man nennt das Übertragung als Pflichtaufgabe – und durch die Bürgerinnen und Bürger – man nennt das Staatstreue – zu erfolgen.

Dies birgt die große Gefahr der Überforderung derer, die alles umsetzen sollen und damit des Scheiterns auf ganzer Linie.

In anderen allgemeinen Worten ausgedrückt: An so Grundsätzen wie „weniger ist manchmal mehr“, „eines nach dem anderen“, Eigenverantwortung macht findig“, „wenn etwas gut funktioniert, überlege dir gut, ob du es ändern musst“, und „denke zu Ende bevor du handelst“, ist offensichtlich doch etwas dran.

Wenn wir uns den Verlauf der letzten 50 Jahre heute noch einmal vor Augen führen, war die Politik des Westerwaldkreises mit hoher Kontinuität und auch Durchhaltevermögen an folgenden Eckpunkten ausgerichtet:

1. Identität:

Schaffung, Erhaltung und Ausbau einer Westerwälder Identität. Es war im Übrigen schon schön mitzubekommen, dass die Westerwälderinnen und Westerwälder unser gemeinsames Kfz-Kennzeichen „WW“ mit großer Mehrheit so geschätzt haben und offensichtlich auch immer noch schätzen.

„Wir wohnen im Übrigen nicht zwischen Köln und Frankfurt, sondern im Westerwald.“

2. Kommunale Gemeinschaft:

Schaffung, Erhaltung und Ausbau einer guten, fairen und stabilen kommunalen Gemeinschaft zwischen Kreis, Verbandsgemeinden, Städten und Ortsgemeinden. Das ist übrigens auch ein Stück Identitätsbildung. Wir sind eine Gemeinschaft. Uns geht es schlecht, wenn es einem von uns schlecht geht. Das Stichwort hier ist, untereinander jeweils dem anderen „gönnen können“. Gemeinsame Ziele, gemeinsame Maßnahmen, gemeinsame Finanzierung und Beschaffung. Dies gilt erst recht für den wieder wichtiger werdenden Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes, zum Beispiel gemeinsame Schaffung von Notfalltreffpunkten, gemeinsame Beschaffung von Spezialfahrzeugen, gemeinsamer Aufbau eines Sirenenwarnsystems.

3. Wirtschaft:

Die Erkenntnis, eine „Aktivregion zwischen den Ballungszentren Rhein-Ruhr und Rhein-Main“ zu sein, ist eine lohnende Erkenntnis.

Wir sind eine starke Wirtschaftsregion mit Arbeitsplätzen, mit produzierendem Gewerbe und Industrie, mit Mittelstand und Handwerk und das breit aufgestellt. Mit hohem Technologie- aber auch Energieeinsatz. Dazu gehören auch Weltmarktführer, vornehmlich in unverzichtbaren Nischen- und Nebenprodukten. Das Stichwort ist, wir sind überall dort, wo nicht Masse, sondern Klasse gefragt ist.

4. Infrastruktur und Bildung:

Investieren in Infrastruktur und Bildung: Straßen, Brücken, Breitband, Digitalisierung, 5G-Ausbau, Leitungs- und Versorgungsnetze, Schulen, Kindertagesstätten, erneuerbare Energien und ÖPNV.

Zum Investieren gehört aber nicht nur, selbst Geld in die Hand zu nehmen, sondern wesentlich wichtiger ist, dass wir auch mit unseren Verwaltungen ein positives Umfeld dafür schaffen, dass vor allem private Investitionen erfolgen können.

5. Umwelt:

Die Themenbereiche Umwelt, Natur, Landschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Forst und Jagd gehören bei uns untrennbar zusammen. Sie sind nicht isoliert zu betrachten und keiner der Themenbereiche hat von vornherein den Hut auf. Es ist ideologiefrei, einen Interessenausgleich zu suchen. Das fällt zwar manchmal schwer, ist aber, wie die Praxis zeigt,

unter vernünftigen Westerwäldern durchaus möglich. Und, jedenfalls die allermeisten, sind bei uns vernünftig.

6. Zusammenleben:

Förderung des Zusammenlebens durch Förderung der Dorfgemeinschaft, der Vereine, der Gemeinschaft von Jung und Alt, der Nachbarschaftshilfe, der Kultur, des Brauchtums und der Musik und damit schlicht des ehrenamtlichen Engagements in seiner ganzen Breite und Fülle.

7. Finanzen:

Die Klammer um diese großen Themenbereiche müssen die gesunden Finanzen bilden. Wie die Entwicklung dabei zeigt, ist uns dies durchaus gelungen. Ziel für die Zukunft muss sein, diese Stabilität möglichst beizubehalten. Nur so haben wir vorübergehende Handlungsspielräume für schwierige Zeiten. Die Beibehaltung dieses Grundsatzes hat auch heilende Wirkung. Sie schützt vor der Planung oder gar dem Bau von Luftschlössern.

Voraussetzung dafür ist aber auch, dass nicht immer mehr eigene Finanzkraft über den Finanzausgleich an andere fließt.

Nach diesen Grundsätzen haben wir über einen längeren Zeitraum hinweg kontinuierlich gearbeitet und auch nur deshalb durchaus nachhaltige Erfolge erzielt.

Ein Erfolg an dieser Stelle ist maßgebend dafür, dass die Westerwälderinnen und Westerwälder sich in ihrer Heimat wohlfühlen. Und wenn wir uns in unserer Heimat wohlfühlen und gerne hier leben, sind wir selbst die besten Botschafter, wenn es darum geht, anderen Menschen und hier insbesondere Fachkräften unsere Heimat schmackhaft zu machen.

Für die Zukunft hielt ich es für töricht, diese erfolgreichen Grundsätze unserer Politik, gerade in unsicheren Zeiten aufzugeben. Ziel muss aber sein, diese Themenbereiche an die sich ändernden Rahmenbedingungen jeweils anzupassen.

Lassen Sie mich hierzu noch einige Anmerkungen machen, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben.

Das Thema Krankenhäuser und ärztliche Versorgung treibt die Menschen im ganzen Bundesgebiet um; erst recht diejenigen in Rheinland-Pfalz und damit auch uns.

Ich könnte jetzt stundenlang reden. Aber solche Reden verändern, wie eine Vielzahl solcher Reden in der Praxis zeigt, am Ende gar nichts.

Festzuhalten bleibt für den Moment, dass sich die Situation der Krankenhäuser bei uns wieder, zumindest etwas, stabilisiert hat. Ich bin mir bewusst, dass diese Aussage eine kurze Halbwertszeit haben kann. Aber immerhin haben wir aktuell im Westerwaldkreis noch vier Krankenhäuser, die mit den umliegenden Kliniken zusammen eine Versorgung der Bevölkerung sicherstellen können. Dazu gehört auch das weiterhin bestehende Krankenhaus in Hachenburg. Wenn ich nun höre, dass der Königsweg darin bestehe, aus den vier Häusern gar zwei neue zu machen, ist das zunächst einmal nicht mehr als Wunschdenken. Ich sehe weit und breit in

der aktuellen Situation niemanden, der den Bau neuer Kliniken stemmen könnte. Der Weg kann allenfalls darin bestehen, die Stabilisierung gegebenenfalls zu stärken und offen zu sein, wenn sich größere Lösungen abzeichnen sollten.

Zum Thema Wirtschaft:

Den Westerwaldkreis als Produktionsstandort in Frage zu stellen, hieße unseren Markenkern aufzugeben. Es würde auch unmittelbar zum Verlust unserer finanziellen Handlungsfähigkeit führen. Nur Dienstleistungen kann man im digitalen Zeitalter auch von Ferieninseln aus anbieten. Da Produktion den Einsatz von Energie notwendig macht, müssen wir die erneuerbaren Energien bei uns weiter ausbauen. Dies allein wird aber nicht reichen. Wir müssen Anschlüsse an die großen Stromtrassen und die Gas- und Wasserstoffleitungen haben. Das geht aber nur, wenn wir auch damit einverstanden sind, dass diese auch durch den Westerwaldkreis verlegt werden.

Zum Thema kommunale Gemeinschaft:

Zu einer funktionierenden kommunalen Gemeinschaft gehört auch die interkommunale Zusammenarbeit. Diese praktizieren wir auch. Zu nennen ist hier der gemeinsame kommunale Betrieb der MBS-Anlage in Rennerod zusammen mit dem Landkreis Limburg-Weilburg.

Zu nennen ist auch die Gemeinschaftsinitiative „Wir Westerwälder“ der drei Landkreise Altkirchen, Neuwied und Westerwaldkreis, in der viele Einzelprojekte mittlerweile angesiedelt sind.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist in Zukunft auch noch ausbaufähig. Eine solche ist immer dann richtig, wenn sie dem ganzen Westerwaldkreis nutzt. Nutzt sie hingegen nur Partikularinteressen oder reißt sie gar den Kernkreis Westerwald in seiner Einheit auseinander, ist sie zu unterlassen.

Zum Thema Infrastruktur und Bildung:

- Der Ausbau der B 255 über den Hahner Stock hinaus bis zur A 45 muss weiterhin fester Bestandteil in den Forderungen der Westerwälder Politik sein.
- Die Umgehung Rennerod muss endlich kommen.
- Der ICE-Bahnhof muss, sowohl von den Fahrzeiten der haltenden Züge her, als auch von seinem baulichen Inneren her wieder attraktiver werden. Hier müssen wir nacharbeiten.
- Im ÖPNV ist es gelungen, die neuen Bündel an mittelständische Westerwälder Unternehmen zu vergeben. Das zukünftige Nutzerverhalten sowie die Einnahmen und Ausgaben sind aber im Auge zu behalten. Sollte sich eine Schieflage abzeichnen, werden wir handeln müssen.

- Sollte man in Deutschland auch mit Blick auf die Nachbarländer Belgien, Niederlande, Schweiz und Österreich auf die kluge Idee kommen, dass beim schienengebundenen Güterverkehr eine Alternativstrecke zum Mittelrheintal vielleicht doch die bessere Lösung wäre, und sollte diese Lösung durch den Westerwaldkreis gehen, dann sollten wir dafür und nicht von vornherein dagegen sein. Besser dafür und einen Bahnhof oder zumindest eine Zugangsmöglichkeit für die Wirtschaft heraushandeln als erfolglos dagegen gewesen zu sein.

Bevor ich nun abschließe, möchte ich noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen.

An alle Anwesenden heute und auch an die heute nicht mehr anwesenden Menschen, die in den letzten 50 Jahren mit dazu beigetragen haben, dass es den „Westerwaldkreis“ gibt, und, dass er sich so gut entwickeln konnte.

An die aktuellen Kreistagsmitglieder – es könnte ja heute die letzte Kreistagssitzung in der nunmehr 10. Wahlperiode gewesen sein – für ein gutes Miteinander, einen ordentlichen menschlichen Umgang, für demokratische Auseinandersetzungen und gute Beschlüsse und Entscheidungen.

An die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für ein gutes kommunales Miteinander.

Und dann halbe ich auch noch zwei Wünsche:

Wunsch Nr. 1:

Bei der anstehenden Kommunal- und Europawahl sollten ihrem demokratischen Grundverständnis folgend möglichst viele Westerwälderinnen und Westerwälder wählen gehen.

Wunsch Nr. 2:

– aber mit der gebotenen Zurückhaltung –

Es wäre schön, wenn nicht nur ein rückwärtsgewandter Protest die Grundlage für die Wahlentscheidung wäre, sondern jeweils das beste Programm für die Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.